

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: 20 Pfennig. Preis der Zeitung 20 Pfennig. Preis der Postzeitung 30 Pfennig. Preis der Postzeitung 30 Pfennig. Preis der Postzeitung 30 Pfennig.

Nr. 188.

Ultensteig, Samstag den 9. Dezember.

Jahrgang 1922

## Sonntagsgedanken.

In Sturm und in Wittern,  
in Regen und in Rittern  
treib's, wie du willst, mit mir.  
Nur laß mich nicht verfallen,  
Herr Gott, und gib uns allen  
heimatgewisse Fahrt zu dir!

Gustav Schäfer.

## Zum Sonntag.

Wie sollen wir denn den Jammer dieser Welt ertragen? — Angreifen, helfen, ändern, wo es nur möglich ist. Geheiß, das ist der gesunde Weg. Aber alle Hilfe will uns wie ein Trostlos auf glühendem Stein erscheinen. Wie ertragen wir die Gedanken an all das Unerreichte und Unerreichbare Glend? Entweder wir kumben uns ab — oder wir greifen zu der alten guten Wehr und Waffen: zu der Freude an dem Gott, der aus einem zerrissenen Menschenleben heraus einen Strahl von seinem Wesen zu uns hat bringen lassen. Er, und Er allein hält den kleinen schmerzüberlieferten Erdball in seiner Hand, und wenn er den kleinen selbstglühenden Planeten in seinem Ozean von Güte und Erbarmen untertaucht, ist das ganze Leid verwandelt in Herrlichkeit...  
Paul Saer.

## Zur Lage.

Schicksalstage und Schicksalwochen von furchtbarer Schwere und größter Tragweite stehen für das deutsche Volk bevor. Am heutigen Samstag treffen die allierten Ministerpräsidenten in London zusammen, um Vorbesprechungen für die Brüsseler Finanzkonferenz zu halten, vielleicht aber auch Entscheidungen über die Reparationsfrage zu fällen. Und bis 10. Dezember fordert die Vorkonferenz eine Erfüllung der Forderungen ihrer Note wegen der Zwischenfälle in Stettin, Passau und Jugo-Slavia, wo Entente-Kontrollkommissionen von der aufgebracht Bevölkerung belästigt wurden. Eine Million Goldmark, die heute 2 Milliarden Papiermark entspricht, und demütigende Entschuldigungsschreiben fordert die Entente als „Sühne“. Und als Drittes: Bis zum gleichen Tage verlangt die Vorkonferenz Antwort auf eine Note vom September, die uns Verzögerungen in der Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages zum Vorwurf macht.

Das ist reichlich viel auf einmal, und doch sind das alles nur Erscheinungen der großen Krankheit von Versailles und der ungelösten Frage der Reparationen. Die Art und Weise — der Ton macht die Musik — wie die Entente mit der deutschen Regierung verkehrt, wird bekräftigt durch die Note Vincars über die bayerischen Zwischenfälle, in der im Siegerton dem gebeugten Deutschland einfach diktiert und angedroht wird, bei Nichtzahlung der Goldmarken werde die Entente im besetzten Gebiet der Palz nehmen, was ihr passe. Krieg mitten im Frieden! Aber für Frankreich war ja der Schem- und Gewaltfriede von Versailles immer nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Und doch sind diese „andern Mittel“ von einer wirklichen Kriegsführung kaum verschieden. Das hat Vincars „Wänderpolitik“ enthüllt, die er in London durchsetzen will, und die auf eine Abtrennung des Rheinlandes und eine Besetzung des Ruhrgebiets hinauslaufen. Wohl hat sich in ganz Deutschland ein Sturm der Entrüstung gegen die französischen Rheinlandpläne erhoben und auch bei den Verbündeten Frankreichs und in Amerika Ueberaschung und Zurückhaltung gegenüber diesem Raubzug bemerkbar gemacht, aber die Gefahr besteht weiter, daß Poincare durch Zugewandte auf der Orientkonferenz in Lausanne, namentlich hinsichtlich der Petroleumquellen bei Mosul, die Bereitwilligkeit oder das Einverständnis Englands zu Sanktionen erkaufte. Wenn auch die öffentliche Meinung der Welt vielfach gegen Vincars Pläne im Rheinland Stellung genommen hat, die Lösung der Reparationsfrage in einer Form, die Deutschland das Leben sichert, steht in weiter Ferne. Die Antändigung neuer deutscher Reparationsvorschlüge durch den Reichskanzler Dr. Cuno, die den guten Willen Deutschlands zur Erfüllung des Erträglichen und Möglichen im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit dazun sollen, hat zwar den guten Wind aus Frankreich etwas abgrie-

ben. An Plänen fehlt es wirklich nicht; aber sie scheitern alle am bösen Machtwillen Frankreichs. So gilt es abzuwarten, was Poincare, Bonar Law, Mussolini und Theunis in London vereinbaren oder auf die Brüsseler Tagung hinauschieben. Der Reichskanzler hat sich mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder besprochen und die schwer zu lösenden Antworten beraten. Ihre Veröffentlichung steht noch aus. Sie werden wieder den guten Willen Deutschlands beweisen, zugleich aber auch die Grenzen der Erfüllungsmöglichkeit erneut aufweisen.

Die Unmöglichkeit der Erfüllung der Reparationsforderungen ist dieser Tage durch amtliche Berichtigungen erhärtet worden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes legte im Haushaltsausschuß des Reichstages dar, daß im Haushalt des Reiches zur Ausführung des Friedensvertrages für das Jahr 1922 allein 613,5 Milliarden Mark eingesetzt werden müssen. Trotzdem wir seit August keine Geldzahlungen mehr geleistet haben, weil wir gegen Ausstellung von 270 Millionen Goldmark-Schwarzwechsel einen Zahlungsausschub bis 15. Januar 1923 erhielten, ist eine „Atempause“ in keiner Weise eingetreten. Der Raubfrieden von Versailles hat die Reichsschulden von Monat zu Monat ins Wahnsinnige gesteigert, im November allein um 235 Milliarden, ohne daß wir etwas zahlten. An Barzahlungen hat Deutschland im Jahr 1922 allein 928 Millionen Goldmark geleistet, an Rohlen 179 Millionen, an Tierlieferungen 70 Millionen, an Chemikalien 14 Millionen, an Ausgleichszahlungen 177 Millionen und weitere 122 Millionen, immer Goldmark. Wenn man dazu noch nimmt, daß die Entente für 1922 hunderte Milliarden in Holzlieferungen erhielt und für 1923 für rund 800 Milliarden Papiermark Holzlieferungen verlangt, daß Deutschland für Milliarden Kosten einführen mußte, die mehr als die ganzen Kohlenlieferungen an den Verbund kosten, daß die Besatzungskosten allein 25 Milliarden erforderten, so wird der ganze Wahnsinn der Reparationen klar. Deutschland geht, davon aber kurz oder lang zu Grunde, wenn nicht eine schlagartige Lösung herbeigeführt wird. Die Bekarmung und Selbstentwertung, die das ganze deutsche Volk durch Teuerung und Not heute niederdrückt, ist nun jedem Einzelnen klar. Und die Schandwirtschaft der Besatzungstruppen im Rheinland, die auf Kosten Deutschlands Möbel, Betten, Wein, Selt- und Vörläger zu Tausenden verbrauchen, tut das übrige, um jene Dohstimmung zu erzeugen, die keine Lösung der Reparationsfrage auslösen kann, zumal in einer Zeit, wo Dreiviertel des deutschen Volkes nicht wissen, was sie essen und womit sie sich kleiden sollen. Dazu kommt noch die „Schwarze Schmach“ und jener Geist des blindwütigen Siegers, der auch dem deutschen Volk vollends den letzten Rest jener scheinheiligen Ehrhaftigkeit, der „Völkerberühmung und Gerechtigkeit“, der „Selbstbestimmung“ u. a. entzieht. Das Schmarotzerleben der rheinischen Besetzung mit ihrem Mord an Forderungen hat im Reichstag zu einem Appell an die Welt geführt, diesem Wahnsinn am Rhein ein Ende zu machen. Beschäftigt er ungehört in London und Brüssel und werden die Reparationsforderungen an Gold und Materialien aller Art nicht auf das Maß der Leistungsfähigkeit Deutschlands in Wälde zurückgeführt, dann bricht die Krise über Deutschland herein, die nur im Zerfall aller Kräfte und Kräfte enden kann. Die Welt- und Zeitkrise steht vor der Tür.

Die politischen Krisen, die Europa allerwärts beherrschen, sind nur Symptome dieser verhängnisvollen Politik der Mächtigen Europas. Poincare ist nicht mehr fest, die Stellung von Theunis in Belgien ist erschüttert, Spanien, Portugal, Polen und Serbien hatten bereits ihre Ministerkrisen. Wenn auch innerpolitische Vorgänge dabei mitwirken, die große Weltkrise steht immer im Hintergrund. Auch in Lausanne, wo noch immer um die Orientfragen gestritten wird. Die Verbündeten haben ihre Vorschläge zu der heißesten Frage der Durchfahrt und Entmilitarisierung der Meerengen nun gemacht. Der Kampf geht in den Kommissionen weiter. Die russisch-türkische Einheitsfront tritt immer deutlicher in Erscheinung. All das, was schließlich in Lausanne herauskommt, hat für uns fernliegendes Interesse, denn auf Deutschland lasten andere Sorgen. Nur das Spiel der diplomatischen Kräfte der Entente und der russisch-türkischen Gegner vermag unsere Aufmerksamkeit zu fesseln. Clemenceau hat auf seiner Amerikafahrt, die Brodvaando neben Deutschland machte,

auch Ehrungen aller Art eingeholt, mit „Freund“ Wilson konferiert, aber von dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti eine gerechte und geharnischte Kennzeichnung seiner Gewaltpolitik erhalten. Es wird den greisen Tiger nicht weiter grämen und Frankreich einmal nicht, denn Leidenschaft und Machtpolitik bleibt dort Trampf, mit oder ohne Poincare.

Bergweilung schlimmer Art will angeht, der inneren und äußeren Not über die deutschen Herzen ziehen. Wer wagt noch an eine Wendung des Schicksals zu glauben? Und doch gehört dem Mutigen und Hoffnungsvollen die Zukunft. Da gilt es, zurückzublicken in die deutsche Geschichte und aus den Heldenliedern alter Zeit die Kraft zu schöpfen. Körners Freiheitslied vor hundert Jahren soll wieder Echo finden:

Mag die Hölle drohn und schmauben,  
der Tyrann reicht nicht hinaus,  
kann dem Himmel keine Sterne rauben,  
Unser Stern geht auf!  
Ob die Nacht die freud'ge Jugend töte,  
für den Willen gibt es keinen Tod,  
und des Blutes deutsche Heldenröte  
wilt von der Freiheit Rotzgerot.

## 613 Milliarden für Versailles.

Berlin, 8. Dez. Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte bei der Beratung des Nachtragsetats der allgemeinen Finanzverwaltung der Reichsfinanzminister u. a. aus:

Für die allgemeine Reichsverwaltung müßten im ordentlichen Haushalt für 1922 an fordbauernenden und einmaligen Ausgaben rund 343 Milliarden Mark nachgefordert werden, wodurch das Gesamterfordernis hierfür auf 442 Milliarden Mt. steigt. Für Aufwendungen an Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung sei die Verteuerung der Lebenshaltung auf das 440fache der Vorkriegszeit gestiegen, der keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstünden.

Für Reparationsbarzahlungen müßten 298 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt werden, so daß zusätzlich des für die Sachleistungen erforderlichen Betrages 404,4 Milliarden eingesetzt werden müssen. Das bedeutet 350 bis 360 Milliarden Mark mehr, als zur Erfüllung der im Londoner Ultimatum festgesetzten Reparationsforderungen von 3 Milliarden Goldmark im Mai 1921 notwendig gewesen wären. Insgesamt müßten in den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages 613,5 Milliarden gegen 310 Milliarden im Hauptetat eingesetzt werden, darunter allein für die Besatzungskosten 25 Milliarden Mt.

Die schwebende Schuld hat sich außerordentlich erhöht, sie beläuft sich auf 880,9 Milliarden Mt. für die ersten 10 Monate des laufenden Jahres ist das Passivum der Handelsbilanz auf 1 1/2 Milliarden Goldmark berechnet worden. Voraussetzung für jede Besserung ist eine Regelung der Reparationsfrage, die es ermöglicht, die Leistungen aus den Ueberflüssen der Volkswirtschaft zu bewirken. In erster Linie ist es Pflicht Deutschlands selbst, alles zu tun, was zu einer Stabilisierung der Mark führen kann. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Kräfte des Landes einzusetzen, um die erforderliche Mitwirkung Deutschlands an der Lösung dieses Problems zu sichern. Das Volk in seiner Gesamtheit und in allen seinen Schichten muß sich darüber klar sein, daß es, um seine Zukunft zu retten, selbst das Größte und Beste einlegen muß.

## Neues vom Tage.

Wien lehnt eine Genugtuung ab.

München, 8. Dez. Die „Münch. N. N.“ schreiben, es müsse leider befürchtet werden, daß Berlin den völkerrechtswidrigen Sühnforderungen glatt nachgegeben habe. Der bayerische Ministerpräsident habe bei den Verhandlungen in Berlin die nationale Ehre Bayerns gewahrt. Der den Völkerrechtsbruch ablehnende Standpunkt Bayerns, der übrigens in Berlin anerkannt wurde, bleibe unverändert. Es ist bedauerlich, daß man in Berlin aus dieser Anerkennung nicht auch die Folgerung gezogen habe und die neuen Demütigungen und Milliardenlasten abgelehnt hat. Der Ministerpräsident Dr. v. Knilling wird am Montag im Haushaltsausschuß des Landtags außerhalb der Tagesordnung zur Abgabe einer Erklärung das Wort ergreifen.

Die völkerrechtliche Seite der französischen Sühnforderung.

München, 8. Dez. In den „Münch. N. N.“ veröffentlicht der bekannte Staatsrechtslehrer Wehmer

Frank völlerrechtliche Ausführungen zu dem Fall Ingolstadt und Passau, die in der Feststellung gipfeln, daß nirgends in der völlerrechtlichen Literatur der Kulturstaaten die Behauptung angetreten wurde, daß ein in Friedenszeiten verletzter Staat von einer Gemeinde, in deren Gebiet die Schädigung vorgekommen ist, eine ideale oder materielle Genugtuung verlangen kann.

#### Eine Gegenrechnung.

München, 8. Dez. Der Landesvorsitzende der Deutschen Volkspartei in Bayern, Generalleutnant von Schöb, hat an den bayerischen Ministerpräsidenten einen offenen Brief gerichtet in Sachen Ingolstadt und Passau, der die Forderung einer Geldbuße mit den Brandschadungen zur Zeit des 30jährigen Kriegs vergleicht und erklärt, man müsse sich wohl mit der Zahlung einer vernünftigen Summe einverstanden erklären, wenn Frankreich vorher die zahlreichen Mißhandlungen an Deutschland bezahle, die es ihm schulde für eine Reihe von Morden an deutschen Einwohnern und für die fast jede Woche sich wiederholenden Schandungen deutscher Frauen im besetzten Gebiet.

#### Die Beratungen der Reichsregierung.

Berlin, 8. Dez. Die Kabinettsitzung am Freitag beschäftigte sich in erster Linie mit der deutschen Antwort auf die Note über Ingolstadt und Passau. Der Wortlaut der Note ist noch nicht endgültig festgelegt. Es ist beabsichtigt, die Note am Montag in Paris zu überreichen. Ueber den Inhalt der Note verlautet endgültig noch nichts, doch wird die Nachricht des „Vorwärts“ wonach die Regierung bereit sei, die verlangte Goldmilliarde zu bezahlen, nicht dementiert. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß die Note in dieser Beziehung positiv ist, in deren Fragen aber negativ ausfallen wird. Es wird versichert, daß die neuen Reparationsvor schläge, über die seit Tagen Besprechungen stattfinden, nicht für die Londoner Konferenz gemacht werden. Man wird sie wahrscheinlich für die Brüsseler Konferenz vorbereiten. Von zuständiger Stelle wird bestätigt, daß die Reise Vergmanns nach Paris informatorischen Zwecken über diese neuen deutschen Vorschläge dienen wird. Ein Ergebnis der stattgefundenen Parteiführerbesprechungen bei dem Außenminister liegt zurzeit noch nicht vor.

#### Erziehung statt Strafe.

Berlin, 8. Dez. Der Rechtsausschuß des Reichstags hat den § 6 des Entwurfs eines Jugendgerichtsgesetzes angenommen, der bestimmt, daß von der Verhängung einer Strafe für Jugendliche abgesehen werden soll, wenn erzieherische Maßnahmen ausreichend erscheinen.

#### Unersättliche Holzforderungen.

Berlin, 8. Dez. Für 1922 waren von den Alliierten gefordert worden: für Frankreich 200 000 Telegraphenstangen, für Belgien 1700 000 Stützholzschnellen, 41 700 Telegraphenstangen, 6000 Kubikmeter Schnittholz, 140 000 Festmeter Rundholz, für Italien: 242 000 Festmeter Schnittholz, 15 000 Festmeter Rundholz, 150 000 Telegraphenstangen, 1 000 000 Eisenstämme, für England: 3700 Kubikmeter Schnittholz, 1 000 000 Kiefernstämme, 50 000 Telegraphenstangen.

Deutschland war bereit zu liefern: an Belgien 840 000 Hartholzschnellen, 210 000 Kiefernstämme, die verlangten Telegraphenstangen, das verlangte Rund- und Schnittholz, an England eine Probeleistung von 10 000 Kubikmetern Schnittholz und 70 000 Stämme, an Frankreich die geforderten Telegraphenstangen, an Italien sämtliche verlangten Holzarten. Dabei wurde betont, daß wie mit Rücksicht auf die verhärtete Anforderung nicht in der Lage sein würden, die geforderten Holzarten zur Zeit zu liefern. Es wurden von unserem Angebot rund 50 Prozent geliefert. Von Berlin aus wird jetzt in Paris versucht, den Lieferungsstermin vom 31. Dezember 1922 auf den 31. März 1923 zu verlegen. Man hofft, bis dahin den größten Teil des deutschen Angebots durchführen zu können. Ueber die Preise ist eine endgültige Einigung noch nicht erzielt worden. Es wird angestrebt, daß unsere Lieferungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Für 1923 hat die Reparationskommission angefordert: 6,5 Millionen Festmeter im ganzen. Deutschland glaubt technisch liefern zu können 1,44 Millionen Festmeter. Die Reparationskommission hat ihre Forderung später auf 4,8 Millionen Festmeter herabgesetzt. Die von uns angebotenen 1,44 Millionen Festmeter würden 200 Milliarden Papiermark kosten, die geforderten 4,8 Millionen Festmeter 800 Milliarden Papiermark. Es kommt hinzu, daß wir unseren eigenen Bedarf ganz und gar aus dem Inland decken müssen, also erheblich mehr schlagen müssen als in Friedenszeiten, wo wir zu erträglichen Preisen Holz einführen konnten. Die natürliche Folge davon ist das Steigen der Inlandspreise.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. Dezember 1922.

**Verkehrshörungen infolge Schneefall.** Der Schnee ist so reichlich gefallen, daß gestern früh das Postauto der Linie Altensteig-Dornstetten zwischen Dornstetten und Gallwangen im Schneefeld stecken blieb und herausgeschleift werden mußte. Statt vormittags 9 Uhr traf es erst nachmittags gegen 1/2 5 Uhr wieder hier ein. Die Fahrten 3, 4, 5 und 6 mußten gestern eingestellt werden; ebenso heute die Fahrten 1 und 2. Mit Fahrt 3 wurde heute der Autoverkehr nach Dornstetten wieder aufgenommen. Auch der Postverkehr nach Dornstetten mußte unterbrochen werden, da der Schlitten zwischen Göttingen u. Dornstetten nicht mehr durchkam. Die Post verkehrte gestern nur bis zur Kropfmühle. Auf den höher gelegenen Orten der Umgebung mußte gestern vielfach der Bahnschlitten in Tätigkeit gebracht und die Straßen von großen Schneemassen befreit werden. Durch

die heute Nacht eingetretene Kälte ist der gefallene wässrige Schnee festgefroren und erschwert auf der Höhe eine flotte Schlittenbahn.

**Zum Konflikt zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten** wird uns geschrieben: Wie in der Presse schon mitgeteilt, wurde der vertraglose Zustand zwischen den Krankenkassen einerseits, den Zahnärzten und Dentisten andererseits, dadurch hervorgerufen, daß die Kassen den von dem unparteiischen Vorkriegsentscheidungsgericht abgelehnten. Wenn also heute der vertraglose Zustand besteht, so trägt einzig und allein die Schuld daran die Arbeitsgemeinschaft der württ. Krankenkassenverbände, Zahnärzte und Dentisten beugten sich dem Schiedspruch, obwohl er nur das Minimum besah, was ihre Existenzmöglichkeit forderte. Während z. B. in der Vorkriegszeit eine Zahnextraktion mit 60 Pf. bis 1 M. bezahlt wurde, gewährte der Schiedspruch für das III. Vierteljahr 25,50 M., also durchschnittlich das 22fache. Das Angebot der Krankenkassen war hierfür nur 18 M., also durchschnittlich das 2,2fache. Dies zu einer Zeit, in welcher der Reichsteuernsteiger (logar ohne Bekleidung) schon auf das rund 80fache gestiegen war. Besitze in ähnlicher Stellung erhielten in dieser Zeit rund das 81fache ihres Friedensgehalts. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Zahnärzte und Dentisten mit enorm gesteigerten Aufwänden für Materialien usw. zu rechnen haben, die sich nicht entsprechend dem Reichsteuernsteiger, sondern in den wichtigsten Punkten entsprechend dem Industrieindex bzw. dem Dollarkurs erhöht haben. Die Berechtigung der Forderungen der Zahnärzte und Dentisten dürfte hiermit jedem rechlich Denkenden billig erscheinen.

**Freudenstadt, 7. Dez.** Fabrikant Herbstreit hat der Wohlfahrtskommission des Gemeinderats Freudenstadt die reiche Summe von 500 000 M. zur Verteilung übergeben.

**Mittelalt, 8. Dez. (Neue Industrie.)** Herr Ernst Schmeltz, Hotel Lannenburg, hat dies an die Firma Gebr. Klein u. Co. in Leinach verpachtet und soll in demselben nunmehr eine Orientexpress-Ladepiste eingerichtet werden.

**Stuttgart, 8. Dez. (Zum Fall Keil-Bazille.)** Der Untersuchungsanschuß des Landtags in der Angelegenheit Keil-Bazille hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab. Der vom Richterstaatsrat Prof. (Zentr.) gemachte Vorschlag über die Abgrenzung des in die Untersuchung einzubeziehenden Stoffgebietes fand Zustimmung. Der Richterstaatsrat machte dann Mitteilung über das von ihm in den Akten festgestellte Beweismaterial, worüber eine Aussprache stattfand. Die Erhebungen wurden in dessen in sämtlichen Einzelfragen noch nicht als abgeschlossen bezeichnet. Die Parteien behielten sich die Stellung weiterer Beweisangebote vor. Für die nächste Sitzung wurde die Vernehmung des Abg. Bazille in Aussicht genommen.

**Erhöhung der Reisediäten bei Beamten.** Durch eine Verordnung des Staatsministeriums ist bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Dezember, ab bei Dienstreisen erhalten: die Beamten der Besoldungsgruppen I-V 800 M. Diäten und 400 M. Uebernachtgeld, der Gruppen VI-VIII 1000 M. Diäten und 500 M. Uebernachtgeld, der Gruppen IX-XIII 1200 M. Diäten und 600 M. Uebernachtgeld.

**Neues Postschekamt.** Am kommenden Dienstag wird ein Teil des Betriebs des Postschekamts in den Neubau in der Schlossstraße verlegt.

**Der Marktbrotpreis in Württemberg.** Die Landesverordnungsstelle für Württemberg und Hohenzollern hat bestimmt, daß ab 4. Dezember die Verdiensthöhe der Bäcker höchstens 4800 M. betragen soll. Für Stuttgart ist der Einstandspreis der Großbäcker für 1 Doppelzentner Marktbrotmehl auf 14 480 M., der Einstandspreis der Verarbeiter und Kleinderbäcker für 1 Doppelzentner Marktbrotmehl ab Lager auf 14 600 M. festgesetzt worden.

**Schülerferienarten.** Außer zum Beginn und am Schluß des Schuljahres (Semesters) werden von jetzt an Schülerferienarten am Studierendebuch zum Beginn und am Schluß der Weihnachtsferien ausgegeben.

**Murich, O. Baihingen, 8. Dez. (Der letzte Hafer.)** Der letzte Hafer ist vorgestern eingefahren worden. Durch das lange Lagern auf dem Felde ist die Frucht natürlich fast ganz verdorben und es konnte fast nur noch Stroh eingebracht werden.

**Gmünd, 8. Dez. (Jagdglück.)** Der Landwirt Jos. Schmid von Lannhof, Gde. Waldstetten, brachte in seinem Jagdgebiet am Hornberg einen Kapitalhirsch, Zehender, zur Strecke. Das erlegte Tier, das wohl vom Kolbch herübergewechselt ist, hatte ein Gewicht von annähernd 3 Zentnern.

**Fridingen, 8. Dez. (Unfall.)** Der 24jährige Ripper Frih von Buchheim brachte den Kopf zwischen einem Kollwagen und dem Mast der Drahtseilbahn, so daß er fast getötet wurde. Im Bezirkskrankenhaus starb der Verletzte, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

#### Brennholzversorgung 1923/24.

Um den unzureichenden Anfall an Brennholz gleichmäßig den Bevölkerungsteilen, die in erster Linie versorgt werden müssen, zu angemessenen Preisen zuzuführen, wird nach einer Mitteilung von zuständiger Seite der größere Teil des neuen Brennholzangebotes, und zwar rund 950 000 Nm., im Wege der Notstandsversorgung durch die staatliche Forstdirektion planmäßig verteilt werden. Betroffen wird nur Weichholz mit einem Durchmesser von mehr als 7 Zentimeter, mit Rinde gemessen. Stockholz und Reisig bleiben im allgemeinen frei. Das Brennholz, das von der Notstandsversorgung erspart wird, wird den Gemeinden zugewiesen, die das Holz selbst abnehmen

und verteilten oder sich hierzu des Handels, der Konsumvereine, sonstiger Vereinigungen und dergleichen bedienen oder einen unmittelbaren Verkauf an ihre Einwohner nach einem von ihnen aufzustellenden Schlüssel mit den Waldbesitzern vereinbaren können. Der Staat wird 20 Prozent des zugewiesenen Holzes zum halben Preis abgeben für die Versorgung der notleidenden Kreise und der übrige Waldbesitz wird aufgefordert werden, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Diese Preisermäßigung muß den notleidenden Kreisen voll zugut kommen; weiter notwendige Preisermäßigungen sind aus allgemeinen Fürsorgemitteln zu decken. Die Zuweisung des Holzes an die Gemeinde erfolgt im wesentlichen durch das zuständige Forstamt. Bis nach Durchführung der Notstandsversorgung ist die Verteilung von Brennholz (nicht von Reisig und Stockholz) allgemein verboten. Für das Notstandsversorgungsholz werden von der Forstdirektion auf Grund der Kohlenpreise Rahmenpreise festgesetzt werden. Brennholz jeder Art, Abfallholz, sowie Kuppelholz bis zu 3,5 Meter Länge darf allgemein von Bahnhöfen in Württemberg nur mit einem von der Forstdirektion abgestempelten Frachtbrief befristet werden. Diejenigen Kreise, die im Wege der Notstandsversorgung nicht versorgt werden können, werden bis nach Durchführung der Notstandsversorgung zu warten haben oder sich mit Stockholz, Abfallholz oder aufgewärmtem bergischem Holz bedienen müssen. Es ist zu hoffen, daß auch der Gemeinde- und Privatwaldbesitz in Erkenntnis der Notwendigkeit, unter den gegenwärtig besonders schwierigen Verhältnissen eine geregelte Brennholzversorgung zu gewährleisten, die Durchführung der Notstandsversorgung freiwillig gerne unterstützen wird, und daß dadurch Zwangsmassnahmen überflüssig werden.

#### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Amerikareise Dr. Wirths.** Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, an den eine Einladung aus den Vereinigten Staaten zu einer Vortragsreise ergangen ist, beabsichtigt, dieser Einladung Anfang nächsten Jahres Folge zu leisten.

**Ausdarchung gegen die Völkervereinigung der Rheinlande.** Am Reichstage fand eine vom Reichsverband der Rheinlande veranstaltete mächtige Kundgebung gegen die Völkervereinigungsbemühungen Frankreichs hinsichtlich des Rheinlandes statt. Für die deutsche Industrie im Rheinland sprach Dr. Sorge, für die Gewerkschaften Abg. Wiffel, für das Handwerk und den Mittelstand Dr. Herrmann, für die christlichen Gewerkschaften Abg. Weber und für die Landwirtschaft Dr. Crone, die alle im Namen der von ihnen vertretenen Volksschichten und Berufskreise diese feindselige Erklärung abgaben, deutsch bleiben und allen französischen Bestrebungen auf eine Völkervereinigung der Rheinlande von Deutschland den entschlossensten Widerstand entgegenzusetzen zu wollen.

**Wassensuche in einer Leipziger Schule.** Bei Haus-suchungen, die auf Grund der Angaben eines Häftlings durch die Polizei im Gebäude der Thomasschule in Leipzig vorgenommen wurden, wurden unter dem Fußboden des Oberbodens und in den Bohrdrüsen 247 Gewehre, 8 Seitengewehre, 2 vollständige Minenwerfer mit Wagon und Grundplatten, 4 scharfe Minen, 1 Werkzeugkasten, 3 Kisten Stielhandgranaten und 4000 scharfe Patronen gefunden. Das Kriegsmaterial wurde beschlagnahmt. Es wird angenommen, daß es in den Märschen des Jahres 1920 durch Angehörige des Leibziger Reichswehrbataillons und der Reichswehr, von denen das Schulgebäude besetzt worden war, dort versteckt worden ist. Die Untersuchung der Angelegenheit ist im Gange.

**Abfuhr eines Flugzeuges in die Ostsee.** Die aus Straßburg berichtet wird, führte unweit der Straßburger Flugzeugfabrik ein mit 4 Personen besetztes Flugzeug aus 300 Meter Höhe in die Ostsee. Ein Dampfer eilte zur Unfallstelle und setzte ein Boot aus, konnte jedoch niemand mehr retten. Ein Toter konnte bisher geborgen werden.

#### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Die Börse realisiert. Demgegenüber liegen aber seitens des Publikums Kaufaufträge in einem solchen Umfange vor, daß die Kurse immerhin noch eine feste Tendenz erkennen lassen.

Böllig ohne Anregung war der Devisenmarkt, zum Schluß mit nachgebender Tendenz.

Der **Produktenmarkt** war ziemlich ruhig. Für Weizen kommt nur wenig Material heraus, das bei Mähdern unterkommen fand. Gerste stellte sich in den geringeren Qualitäten niedriger als der Roggenpreis, so daß man bereits Gerste gegen Roggen zu Umlagewecken einzutauschen sucht. Haber wird in bahngängiger Ware billiger verkauft als neu zu beziehen ist. Der Weizenmarkt ist ruhig und unter Importparität. Das Weizengeschäft ist lebhafter geworden, was auf das Weizengeschäft einigermaßen einwirkt. Kleie ruhig. Die letzten Berliner Notizen lauten: Weizen 15 300, Roggen 13 500, Sommergerste 12 600, Haber 13 000, Mais 15 300, Vitoriaerbsen 28 000, kleine 24 000, Weizenmehl 20 000, Kleien 8000, Roggenmehl 18 000, Weizenmehl süddeutsches Spezial 0 26 400 alles pro 50 Kg.

Am **Häute- und Fellmarkt** hat die Lebhaftigkeit nachgelassen. Rinderhäute waren auf der Leipziger mitteleuropäischen Auktion 15-20 Prozent niedriger als auf der vorausgegangen sächsischen Auktion. Kalbfelle 15 Proz. niedriger, Roshäute 15 Proz., Schafsfelle 50 Proz. höher.

Das **Warengeschäft** ist trotz der Nähe von Weihnachten ruhiger geworden, da die Käufer nur ihren dringendsten Bedarf decken und die Teuerungswelle die Kaufkraft des Publikums übersteigt. Auf der Stuttgarter Garnbörse liegen die Baumwollgarnpreise um weitere 300 M. das Kg., die Gewebe um 30-50 M. das Meter. Rohbaumwolle notierte zuletzt 22. 5039 das Alkooram.

Am **Edelmetallemarkt** herrscht Zurückhaltung bei wenig veränderten Preisen. Silber 900 fein 22. 160 pro Gramm. Raffinadepfunder 21. 275, Blei 22. 920, Zinn 22. 1425, Rinn 22. 6500, Nickel 22. 4500 pro Kg.

**Handel und Verkehr.**

Der Dollar notierte am Freitag in Frankfurt 8010 G., 8050 Br., in Berlin 7880,25 G. und 7919,75 Br.

1 Schweizer Franken = 1488,80 G., 1496,20 Br.  
 1 französischer Franken = 556,60 G., 559,40 Br.  
 1 belgischer Franken = 501,70 G., 504,30 Br.  
 1 holländ. Gulden = 3112,20 G., 3127,80 Br.  
 1 italienischer Lira = 398 G., 400 Br.  
 100 österreichische Kronen = 11,47 G., 11,53 Br.  
 1 tschechische Krone = 252,30 G., 254,20 Br.  
 1 dänische Krone = 1625,90 G., 1634,10 Br.  
 1 schwedische Krone = 2127,20 G., 2133,30 Br.

Die tägliche Preisermäßigung für Mehl. Die Sächs. Mühlenvereinigung hat ab 7. Dez. den Richtpreis für Weizenmehl Spez. 0 von 54 000 auf 55 000 Mf. für 1 Ds. ab Mühle erhöht.

Erhöhte Düngemittelpreise. Nach einer Mitteilung der Kaufstelle des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg sind mit Wirkung vom 1. Dezember ab folgende Preisermäßigungen für künstliche Düngemittel einzuwirken: Thomasmehl 66 Proz., Stickstoffdünger 62 Proz., Kalkdünger 58 Proz.

Vom deutschen Lebersee-Verkehr. Die Hamburg-Amerika-Linie, die im nächsten Jahre ihren Leberseebetrieb durch Einstellung von 4 weiteren großen Dampfern erheblich erweitern wird, wird die beiden neuen großen Dampfer „Württemberg“ und „Böhmen“ von Beginn des neuen Jahres ab aus dem Nordamerikadienst herausziehen und in den Verkehr nach Südamerika einstellen, in dem u. a. bereits das Schwesterschiff „Baden“ Verwendung findet.

Mannheimer Produktbörse, 7. Dez. Die heutige Produktbörse verkehrte in ruhiger Haltung. Verlangt wurden für die 100 Kg. waagrecht Mannheim einchl. Sack: Weizen 35-36 000, Roggen 29-30 000, Gerste 26-28 000, Inland. Haber 25-28 500, Ausland. 24-37 000, Mais gelber La Plata 32-33 000, Wiesenheu lose 145 000, gedreht 16- bis 17 000, geb. Stroh 12-14 000, Weizenkleie 14 500 bis 15 000 Mf.

Mannheim, 7. Dez. Der Auftrieb zum Kleinviehmarkt betrug: 67 Kälber, 54 Schafe, 63 Schweine, 755 Ferkel und Käuer. Bezahlt wurden für 50 Kopebendgewicht: Kälber 24-38 000, Schafe 16-19 000, Schweine 54-60 000, Sauen 54-58 000, Ferkel und Käuer für das Stück 18-19 000 Mf.

Reichsbankausweis. Der Kredit- und Zahlungsmittelbedarf, der zum letzten Monatschluss von der Reichsbank zu befriedigen war, hat nach dem Ausweis der Bank vom 30. Nov. für ihre Anlageneinlagen und Banknotenausgabe neue Höchststufen ergeben. Die gesamte Kapitalanlage liegt in der Berichtwoche um den ungeheuren Betrag von 160,6 Milliarden Mf. auf 971 Milliarden Mf., der Banknotenumsatz schließt damit auf 734,1 Milliarden Mf. an.

Stuttgarter Börse, 8. Dez. Die Verkaufsaufträge zum Börsenschluss waren in so großer Anzahl, daß die Kurse fast durchweg zum Teil sehr stark abschwächten. Am offiziellen Markt hatten Bankaktien noch guten Markt. Bankakt. alt unverändert. Vereinsbank + 100, Hypothekbank + 135. Der Spinnereimarkt war nicht einheitlich. Unterhausen + 200, Kold und Schüle - 400, Kuchel + 200, Filz + 800, Spinnerei Göttingen - 700. Brauereien wenig verändert. Göttinger + 100, Hohenzollern + 200, Wulle - 100. Der Raschinen- und Metallmarkt hatte die größten Einbußen. Daimler - 650, Feinmechanik - 1400, Jungheins - 1500, Göttinger Raschinen - 900, Heßler Raschinen - 1450, junge 2880, 2875, Raschinenwerk Raschinen - 800. Anilin - 50, Deutsche Verlag - 300 ex Div., Köln-Wollweil - 2500, Krumm - 40, Stuttgarter Zucker - 800, Stuttgarter Bäckermühle - 1000. Im Freiverkehr: Benz 3900-3700, Weinger Tritot 370-450, Stahlgold 1250-1675, Göttinger Raschinen 1000 bis 1280 junge 1000-1650, Germania Linoleum 24 000-20 200, ... Zucker 3000-8050, Rasfänger Zement 700-630, Hohenlohe Nährmittel 3000 bis 3725, Kaiser Otto 3100-3000, Anor 3900-4075, Rauffener Zement 3000-3600, junge 3400-3550, Rasgrus 2600-2800, junge 2350-2200, Stelgerauto 700-820, Zanderwerke 500-560.

**Letzte Nachrichten.**

**Kein Moratorium ohne Pfänder.**

Paris, 9. Dez. Der „Temps“ schreibt zu den angeblichen Gerüchten über die deutschen Vorschläge an die verbündeten Regierungen zwecks Ablasses von Anleihen, von Berlin aus werde mit viel Geräusch angekündigt, daß die deutsche Regierung einen Anleihe- und Zahlungsplan beibringen werde. Diese Ankündigung komme recht spät, wenn sie überhaupt sei. Nichts desto weniger werde das deutsche Projekt mit der gebührenden Aufmerksamkeit geprüft werden. Da es jedoch notwendigweise ein eingeständenes oder verschleiertes Moratoriumsgeheimnis einschließen werde, werde man die Schlussfolgerung, die mehr als einmal gezogen wurde, nicht zu ändern brauchen: Kein Moratorium ohne Pfänder! — Die „Liberte“ ist überzeugt, daß die deutschen Vorschläge weder aufrichtig gemeint seien, noch ernstlich in Betracht gezogen werden können und daß sie keinerlei Wert besäßen. Wie könne Frankreich heute annehmen, daß Deutschland 20 Milliarden Goldmark leichter bezahlen werde als 132 Milliarden? Deutschland werde auch heute nicht geneigter sein, seine Schulden anzuerkennen. Und dann werde es immer wieder sagen können, der Zustand seiner Finanzen und seines Wechselkurses verböten ihm jede Zahlungen aus Ausland. Die 20 Milliarden Goldmark stellten heute eine Papiermarkziffer dar, die mit 18 Nullen geschrieben werden müßte.

**Die Sühneforderungen der Entente.**

München, 9. Dez. Der Ministerpräsident wird am Montag Nachmittag im Haushaltsausschuß des Landtags Erklärungen über die Sühneforderung der Entente und die Antwortnote der deutschen Regierung, die bis dahin abgegangen sein dürfte, abgeben.

Wie aus Berlin berichtet wird, soll die Antwortnote heute Samstag abgefaßt und am Montag in Paris übergeben werden.

Für die Sachlichkeit verantwortlich: Ludwig Reul.

**Ämliche Bekanntmachungen.**

Die Gemeinderäte werden unter Hinweis auf die Min. Erl. vom 8. Nov., 28. Nov. und 5. Dez. d. J. (Staatsanzeiger Nr. 263, 276 und 286) veranlaßt, die Gehaltszüge der Gemeindebeamten alsbald unter Anpöpfung an die Bezüge der Staatsbeamten zu erhöhen und dabei auch die nebenberuflichen Beamten entsprechend ihrer dienstlichen Inanspruchnahme angemessen zu berücksichtigen. Es empfiehlt sich, durch Beschluß festzusetzen, daß bei künftigen Erhöhungen der Grundgehälter bezw. der Zulagen für die Staatsbeamten von demselben Zeitpunkt ab die nebenberuflichen Beamten automatisch in die entsprechend höheren Bezüge eingestuft werden. Der Vorlage einer Protokollausfertigung wird binnen 2 Wochen entgegenzusetzen.

Ragold, den 7. Dez. 1922. Oberamt: Müng.

Die Gemeinderäte werden auf die Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens über die Erhöhung der Besoldungen für Uederkanden und nebenberuflichen Unterricht sowie der Besoldungen der vertragmäßig angestellten Fachlehrerinnen vom 26. Oktober d. J. und den Erlaß des Ministeriums über die Erhöhung des Beitrags der kirchlichen Klassen zur Schulkasse vom 14. Nov. d. J. (Amtsbl. des W. Minist. des Kirchen- und Schulw. S. 260 und 262) hingewiesen und aufgefordert, alsbald entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Ragold, den 7. Dez. 1922. Gem. Oberamt in Schulsachen.

**Biehmärkte. Verbot.**

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Ordenphron D/A. Calw, Röringen D/A. Gorb und Heselbach D/A. Freudenstadt und nachdem der ganze Bezirk in den 15 Km. Umkreis um diese Seuchenorte fällt, wird die Abhaltung der Biehmärkte

in Ragold am 14. Dezember d. J.,  
in Altensteig am 20. Dezember d. J. und  
in Wildberg am 21. Dezember d. J.

verboten.  
Ragold, den 8. Dezember 1922. Oberamt: Müng.

**Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.**

Um einem allgemeinen Bedürfnis zu genügen, wird an den 3 Sonntagen (10., 17. und 24. Dezember 1922) vor Weihnachten für den Oberamtsbezirk ortsheimlich, förmliche Kaufläden von 1-6 Uhr nachmittags offen zu halten.

Ragold, den 8. Dez. 1922. Oberamt: Müng.

**Kinderkochherde.**

**Artikel für Puppenküchen**

einzeln und in Garnituren, empfiehlt in nur solcher Ware

Karl Henssler sen., Eisenwarenhandlung  
Tel. 15.

**Gewerbebank Altensteig**

eingetr. Gen. m. beschr. Haftplf.

Wir nehmen

**Depositen-Gelder**

zu günstigen Bedingungen entgegen.

Näheres ist an unserer Kasse zu erfahren.

Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß nach dem neuen Statut der Erwerb von insgesamt 3 Geschäftsanteilen zulässig ist. Eine diesbezügliche Erklärung bitten wir möglichst bis zum 20. Dezember an unserer Kasse abzugeben.

Der Vorstand.

**Altensteig.**

- Ia Neue Heller-Linsen
- Ia Neue Land-Erbfen
- Ia Neue Viktoria-Erbfen
- geschälte, ganze und halbe,
- Ia Neue weiße Perl-Bohnen

in bester Ware und in verschiedenen Preislagen empfiehlt

Chr. Burghard jr.

- Backbleche
- Kuchenbleche
- Springformen
- Buntformen
- Ausstecherle
- Sprengerles-Mödel
- Kuchenunterlagen
- Puddingformen

empfehlen  
Karl Henssler sen.  
Altensteig.

**Reißzeuge**

in gediegener Ausführung sind wieder eingetroffen und empfiehlt preiswert die

W. Rieker'sche Buchh.

**Mädchen**

gesucht für Haus- und Landwirtschaft mit Beleg. das Kochen zu erlernen. Eintritt 1. Jan. Angebote unter 121 an die Geschäftsstelle des W.

**Epielberg.**

Ein



Rind

unter zwei die Wahl verkauft

Gall, Wm.

**Berned.**

Eine junge



seht dem Verkauf aus

Sohs. Bauer.

**Stmannsweiler.**



**Nadelstammholz-Verkauf**

Am Donnerstag, den 14. Dez. 1922, nachm. 2 Uhr kommen aus dem Gemeindevald Engwald Abteilung II Buchholzen im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf:

302 St. Lang- u. Sägholz III.—V. Kl.

durchaus tannen, mit 118 Fkm.

Die Abfuhr ist günstig. Die Angebote sind nach den neuen Landesgrundpreisen vom 1. Nov. 1922 zu machen.

Gemeindevrat.

**Koherdorf D.A. Ragold.**

**Nadelstammholz-Verkauf.**

Am Mittwoch, den 13. Dezember, nachm. 1 1/2 Uhr kommt auf dem Rathaus vom Gemeindevald Abt. Krummes Stelgle zum Verkauf mit Fm

Sägholz: 1,40 II., 5 III., 14 IV., 13 V., 2 VI. Kl.

Sägholz: 2 II., 1 III. Kl.

Angebote in Prozenten ausgedrückt nach der neuesten Forstliche wollen bis spätestens 13. Dezember, nachm. 1 Uhr eingereicht werden. Abfuhr ist günstig. Zuschlag vorbehalten.  
Den 8. Dezember 1922.

Schultheißenamt.

**Die neue Forstpreislifte**

für 1923

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung  
Altensteig.

**Erwiderung auf die Bekanntmachung der Allgem. Ortskrankenkasse über Zahnbehandlung.**

Durch Schuld der Krankenkassen besteht der vertraglose Zustand zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten. Nach § 182 der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen Anspruch auf Zahnbehandlung zu Kosten der Krankenkassen. Es ist daher irreführend, wenn einzelne Krankenkassen bekannt gemacht haben, daß die Krankenkassen während des vertraglosen Zustands nach Inanspruchnahme eines Zahnarztes oder Dentisten einen Anspruch auf Ersatz an die Kasse nicht hätten, wie durch zahlreiche oberinstanzliche Entscheidungen einwandfrei festgestellt ist. Während des gegenwärtigen vertraglosen Zustands müssen die Zahnärzte und Dentisten ihre Patienten nach ihrer Privatgebühreordnung behandeln und die Krankenkassenmitglieder haben einen Rechtsanspruch an ihre Kasse auf Ersatz der Kosten nach Maßgabe des Gesetzes.

Wirtschaftl. Verband deutscher Zahnärzte  
Landesverband Württemberg.  
Württemberg. Dentisten-Verband



